Über die Kampagne „Grundgesetz schützen“

„Grundgesetz schützen“ ist eine bundesweite Informations- und Protestkampagne gegen die geplante Aufnahme des Begriffs „sexuelle Identität“ in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes. Die Initiative wird getragen von der Dialogplattform „Was ist eine Frau?“ und setzt sich für den Erhalt klar definierter, rechtsverbindlicher Begriffe in der Verfassung ein – insbesondere zum Schutz geschlechtsbasierter Rechte von Frauen, Mädchen und homosexuellen Menschen.

## Anlass der Kampagne

Der Bundestag berät derzeit über eine Änderung des Grundgesetzes, bei der der Begriff „sexuelle Identität“ als zusätzliches Diskriminierungsmerkmal in Artikel 3 aufgenommen werden soll. Die Kampagne „Grundgesetz schützen“ kritisiert diese geplante Änderung als juristisch unklar, ideologisch motiviert und potenziell schädlich für bestehende Schutzrechte.

## Zielsetzung

Ziel der Kampagne ist es, auf die Folgen einer Begriffsverwässerung aufmerksam zu machen und den demokratischen Diskurs über die Tragweite dieser Verfassungsänderung zu fördern. Die Initiative fordert, dass das Grundgesetz nicht zum Ort unbestimmter politischer Begriffe wird, sondern seinen Charakter als Garant für Rechtsklarheit und Gleichberechtigung behält.

## Argumentation

* Der Schutz vor Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung oder Lebensweise ist bereits durch bestehende Gesetze gewährleistet.
* Der Begriff „sexuelle Identität“ ist juristisch nicht definiert und öffnet dem Missbrauch, der Rechtsunsicherheit und der Aushöhlung von Frauenrechten Tür und Tor.
* Artikel 3 ist eine tragende Säule der Gleichstellungspolitik – insbesondere für Frauen. Seine Änderung darf nicht leichtfertig erfolgen.
* Internationale Beispiele zeigen, dass ähnliche Formulierungen zu Konflikten in Bildung, Strafrecht, Arbeitsrecht und Frauenschutz geführt haben.

## Aktivitäten

Die Kampagne betreibt die Website grundgesetz-schuetzen.de als zentrale Plattform für fundierte Informationen, juristische Analysen, internationale Vergleichsfälle sowie einen öffentlichen Faktencheck. Bürgerinnen und Bürger können eine Petition unterzeichnen und Materialien für politische Bildungsarbeit herunterladen. Medien finden Presseinformationen, Visuals und Stellungnahmen zur freien Nutzung.